

Giersch, Herbert

Working Paper — Digitized Version

Thesen zur sogenannten Währungskrise

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 15

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Giersch, Herbert (1971) : Thesen zur sogenannten Währungskrise, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 15, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/48081>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Thesen zur sogenannten Währungskrise

von Herbert Giersch

AUS DEM INHALT

- Die Vereinigten Staaten zeigen sich entschlossen, ihr Produktionspotential besser auszunutzen und zugleich ihr Zahlungsbilanzdefizit zu vermindern: Sie wollen mehr produzieren, mehr exportieren und weniger importieren. Es ist, als ob sie für den Schaden, den sie der Welt durch Überbeanspruchung der realen Ressourcen in der Zeit der Dollarflut zugefügt haben, durch ein Mehrangebot an Gütern Wiedergutmachung leisten wollten.
- Wenn die übrige Welt nicht bereit ist, diese Wiedergutmachung zu akzeptieren, könnte der Versuch der Vereinigten Staaten ebenso scheitern und zu einer Weltwirtschaftskrise beitragen, wie das Bemühen des Deutschen Reiches in der Zwischenkriegszeit, die von den Alliierten geforderten Reparationsleistungen aufzubringen und zu übertragen. *Transfer Problem*
- Da die Welt eher an Armut als an Überfluß leidet, liegt die Absorption der „amerikanischen Wiedergutmachung“ im volkswirtschaftlichen Interesse der Partner Amerikas ebenso wie im Interesse des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts. Die Reparationsdebatte der Zwischenkriegszeit lehrt, daß die Güterübertragung nur gelingen kann, wenn die Empfängerländer entweder die wirksame Nachfrage erhöhen oder eine Verbesserung der Wettbewerbsposition der amerikanischen Unternehmen zulassen.
- Die Bundesrepublik Deutschland hat, indem sie zu einem freien Wechselkurs übergegangen ist und soweit sie davon Abstand genommen hat, im Interesse der Wettbewerbsposition ihrer eigenen Produzenten den Dollar künstlich zu stützen, ihren Beitrag zur Lösung des Transferproblems geleistet.
- Bei freiem Wechselkurs hat es die Bundesbank in der Hand, zu bestimmen, ob dieser Beitrag - wie bisher - hauptsächlich über die Abwertung des Dollars gegenüber der D-Mark oder mehr als bisher über eine - geldpolitisch induzierte - Expansion der Nachfrage in der Bundesrepublik geleistet werden soll. Ob, wann und wieviel die Weichen mehr auf Expansion gestellt werden sollen, ist eine rein stabilitätspolitische Frage.
- Künstlich den Dollarkurs zu stützen oder bei einer Neufestsetzung der Paritäten einen Dollar-Kurs zu fixieren, bei dem die Bundesbank Dollar aufnehmen muß, hieße, die Annahme der „amerikanischen Wiedergutmachung“ teilweise oder ganz zu verweigern und die Lehren der Zwischenkriegszeit zu mißachten.
- Für die Bundesrepublik bedeutete dies zugleich die Verweigerung eines Stabilitätsimports, den Verzicht auf die Chance, einen großen Nachholbedarf im öffentlichen Sektor zu decken und den Versuch, jenes exportgetriebene Industriewachstum fortzusetzen, das zur Exportlastigkeit unserer Volkswirtschaft und dadurch zum Ungleichgewicht der Weltwirtschaft beigetragen hat.

INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT KIEL · NOVEMBER 1971

A93670 71

Weltwirtschaft
Kiel

Die Kieler Diskussionsbeiträge wenden sich an die wirtschaftspolitisch interessierten Freunde des Instituts für Weltwirtschaft. In den Beiträgen, die in unregelmäßiger Folge erscheinen, erörtern Mitarbeiter des Instituts Fragen von allgemein wirtschaftspolitischem Interesse.

Thesen zur sogenannten Währungskrise

1. Die wirtschafts- und währungspolitische Diskussion von 1971, so wie sie bei uns und in anderen Ländern in der Öffentlichkeit geführt wird, gleicht einem disharmonischen Konzert. Neben wenigen Stimmen, die darauf schließen lassen, daß es auch Sparer und Konsumenten gibt, dominieren ganz deutlich die Klagen der Produzenten, die "ganz aus der Praxis heraus" punktuelle pessimistische Theorien propagieren.

Vergleicht man diese Produzentenauffassungen bei uns mit den Klagen der Unternehmer in anderen Ländern, so ergeben sich scheinbar unauflösliche Widersprüche. Importsteuern, die in den USA propagiert, eingeführt und bejubelt werden, finden in Europa schnell eine Nachahmung. Wo Steuern und Zölle nichts helfen, um die Einfuhr zu drosseln, errichtet man nicht-tarifäre Handelshemmnisse oder droht dem Partner so lange mit Einfuhrrestriktionen, bis er sich bereit erklärt, seine Ausfuhren "freiwillig" zu beschränken. Und da überall auch die Wechselkurse zur Diskussion stehen, herrscht allenthalben die von Produzenten genährte Sorge, die Währung sei - oder werde durch den Markt - überbewertet. Frankreich, dem es durch Kontrollen gelungen ist, seine Währung de facto gegenüber der übrigen Welt abzuwerten, gilt in der Industrie als Vorbild; und eine europäische Währungsunion, die uns stärker an Frankreich bindet, erscheint als Gebot der Stunde, damit man sich mit vereinten Kräften gegen die Amerikaner wehren kann, die dadurch, daß sie uns zu einer kräftigen Aufwertung zwingen möchten, den Dollar abwerten wollen, um ihrer eigenen Industrie zu helfen. Dort will man mehr und hier auf keinen Fall weniger Schutz vor dem Wettbewerb von außen; ein widerstrebendes Bemühen, das die Feinde der Marktwirtschaft zufrieden als einen der Widersprüche des Kapitalismus registrieren. Ziemlich allein steht bei uns gegen die Front der Produzenten der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen - so wie einst Erhard, als dieser die Bewirtschaftung und den Preisstopp aufgehoben hatte und selbst in der Korea-Krise nicht bereit war, die Marktwirtschaft den Wünschen der Praxis zu opfern.

2. Die sogenannte Krise ist im Grunde eine Krise der Marktwirtschaft. Wieso? Marktwirtschaft und Gewinnstreben sind auf die Dauer nicht zu haben ohne den Wettbewerb, der das Streben nach privatem Gewinn

in eine soziale Leistung verwandelt. Leider verwechseln diejenigen, die nach Gewinn streben, allzu häufig das Streben mit dem Gewinn selbst. Der Wettbewerb als soziale Veranstaltung im Dienste der Konsumenten wird dabei verständlicherweise verdrängt. So sehen ihn ja auch nur die Nationalökonomien. Wer als Praktiker mitten im Wettbewerb steht, empfindet den Markt viel eher als Chaos und die Regulierung der Preise durch den Markt als Unsicherheit. Der Markt mit flexiblen Preisen ist eine gute Sache nur für die anderen. Das gilt für alle Bereiche von A bis Z. Von den Agrarökonomien bis zu den Zentralbankgouverneuren ist man überall fest davon überzeugt, daß außerhalb des eigenen Bereichs Marktwirtschaft herrschen müsse, aber im eigenen Bereich - "Ordnung". Für die einen ist die Agrarmarktordnung mit festen Preisen und für die anderen die Währungsordnung mit festen Wechselkursen die einzige Alternative zu dem, was sie in ihrem Bereich für Chaos halten, in anderen Bereichen aber als Marktwirtschaft loben. Zwischen A und Z gibt es viele Berufsordnungen, Beschränkungen der Gewerbefreiheit und Kartelle, die hauptsächlich dazu dienen, den Marktmechanismus, den man bei sich für gefährlich hält, auszuschalten; und jede Gruppe hat ihre eigene Ideologie, mit der sie darlegt, daß und warum der Markt im eigenen Bereich nicht funktioniert, ja gar nicht funktionieren kann. Feste Agrarpreise und feste Wechselkurse sind Zeichen solcher gruppenspezifischer "Ordnungsvorstellungen". Wenn diese - oder andere Kartellpreise - vom Markt nicht mehr akzeptiert werden, ist die Krise da und man muß möglichst schnell sehen, wie man wieder "Ordnung" schaffen kann, in unserem Falle ein neues Währungskartell mit festen Paritäten. Da wird, wenn gar nichts mehr hilft, selbst Kossygin in Balkenüberschrift zitiert (FAZ vom 21. Oktober 1971), wenn er sich irgendwo für feste Kurse ausgesprochen hat; weiß er doch am besten, wie gut es sich mit behördlich fixierten Preisen leben läßt.

3. Die Einstellung zu der sogenannten Währungskrise ist auch abhängig davon, ob eine konservative oder eine liberale Grundhaltung das Denken bestimmt. Was konservativ und was liberal bedeutet, beschreibt Friedrich A. von Hayek im Nachwort zur deutschen Übersetzung seiner "Constitution of Liberty" ¹:

"... einer der Grundzüge der konservativen Einstellung [ist] eine Furcht vor Veränderungen, ein ängstliches Mißtrauen gegen das Neue als solches, während der liberale Standpunkt auf Mut und Zuversicht beruht, auf einer Bereitschaft, der Veränderung ihren Lauf zu lassen, auch wenn wir nicht voraussagen können, wohin sie führen wird. ... die Konservativen sind geneigt, die Staatsgewalt einzusetzen, um Ver-

änderungen zu verhindern oder ihr Tempo so zu verlangsamen, daß es auch dem ängstlicheren Gemüt zusagt. Im Blick auf die Zukunft fehlt ihnen das Vertrauen auf die spontanen Kräfte der Anpassung, mit dem der Liberale ohne Besorgnis Veränderungen aufnimmt. . . "

So sprechen die einen von der Krise des (bisherigen) Währungssystems und die anderen von der Chance, dem Preismechanismus auch in den internationalen Währungsbeziehungen zum Durchbruch zu verhelfen.

4. Daß der Preismechanismus in den internationalen Währungsbeziehungen gerade jetzt so unentbehrlich geworden ist, hängt mit den Anpassungsproblemen zusammen, denen sich die Weltwirtschaft zunehmend gegenüber sieht, seit die Periode des stürmischen Wiederaufbaus zu Ende gegangen ist und der Strukturwandel gegenüber der bloßen Expansion eine immer größere Rolle spielt. Es ist eine Phase, von der die Marxisten selbstsicher sagen, sie offenbare zunehmend die Widersprüche des Kapitalismus.
5. Ein spezifisches Anpassungsproblem, das seit einigen Monaten virulent geworden ist, hängt überwiegend mit der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten zusammen. Nachdem es in den vierziger und frühen fünfziger Jahren die sogenannte chronische Dollarlücke gab, also eine Unterversorgung der Welt mit Dollars infolge zu geringer Zahlungsbilanzdefizite der USA, und nachdem wir in den sechziger Jahren eine Dollarflut erlebt haben, sind die Vereinigten Staaten nunmehr entschlossen, nicht zuletzt auf Drängen ihrer europäischen Partner einschließlich Frankreichs, ihre Zahlungs- und Leistungsbilanz in Ordnung zu bringen. Sie wollen mehr exportieren und weniger importieren, also von der übrigen Welt weniger reale Ressourcen gegen bedrucktes Papier (Dollarnoten und Schuldversprechen) für sich beanspruchen. Real gesehen wird dadurch die übrige Welt reicher. Verglichen mit der Zeit der Dollarflut ist es ungefähr so, als ob die Vereinigten Staaten eine Art Wiedergutmachung leisten wollten. Die Analogie zum Reparationsproblem der Zwischenkriegszeit bietet sich an.
6. Auf diese Parallelität einzugehen, ist deshalb angebracht, weil die Unfähigkeit, das Problem der deutschen Reparationen zu lösen, viel zur Weltwirtschaftskrise beigetragen hat. Das Deutsche Reich wollte im Rahmen des Möglichen Reparationsleistungen erbringen, aber die Vereinigten Staaten und Frankreich als Hauptempfängerländer trugen nicht das Ihre dazu bei, daß die Übertragung gelingen konnte; im Gegensatz zum Aufbringungsproblem blieb das Absorptionsproblem auf der Empfängerseite ungelöst.

In einer berühmt gewordenen Kontroverse mit Bertil Ohlin betonte Keynes die Notwendigkeit für das Deutsche Reich, die erforderlichen Mehrexporte durch Senkung der Exportpreise auf den Auslandsmärkten unterzubringen²: "The easiest method would be to allow the exchange value of the German mark to fall by the amount required to give the necessary bounty to exports and then to resist any agitation to raise money-wages." Ohlin, der im Gegensatz zu Keynes eine Lohn-, Preis- oder Wechselkursanpassung nicht für erforderlich hielt, betonte den Absorptionsaspekt des Transferproblems auf der Empfängerseite. Wenn man nur in den Empfängerländern einen Anstieg der Nominaleinkommen zuließe, wäre auch ohne eine Senkung der deutschen Ausfuhrpreise eine ausreichende Nachfrage nach den Ressourcen vorhanden, die das Deutsche Reich zur Verfügung zu stellen verpflichtet war. Aber Ohlin übersah, worauf Haberler hinweist³, daß die Vereinigten Staaten und die Bank von Frankreich "es vorgezogen haben, große Goldreserven anzusammeln, statt den Transfermechanismus spielen zu lassen". Die erforderliche Einkommensexpansion in den Empfängerländern unterblieb.

Dagegen hob Ohlin einen anderen Punkt hervor⁴: "If the policy of protection and of preference to home-made goods, which has been growing so much after the war, is intensified when German exports begin to grow, and is used consistently to prevent such exports, then the reparation payments may become virtually impossible."

Die Lehre, die sich hieraus ergibt: Wenn der Realtransfer von Reparationen gelingen soll, so müssen die begünstigten Länder eine Einkommensexpansion und/oder eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition ihrer Produzenten und Exporteure hinnehmen. Auf die Gegenwart bezogen, muß man an die Stelle des Deutschen Reiches die Vereinigten Staaten, an die Stelle der Vereinigten Staaten Japan und die Bundesrepublik setzen; Frankreich bleibt Frankreich. Die Vereinigten Staaten wollen ihr Zahlungsbilanzdefizit beseitigen, das heißt für 13 Mrd. Dollar weniger Güter und Leistungen von der übrigen Welt haben. Die übrige Welt, für die sich das verfügbare Angebot an Gütern und Leistungen in diesem Umfang erhöht, weiß damit offenbar nichts anzufangen, und dies trotz der Lehren der Zwischenkriegszeit.

7. Die Widerstände gegen sachgemäße sozialökonomische Lösungen solcher Probleme gehen natürlich nicht von den Konsumenten aus, die von den Sozialökonomien als Gesamtheit begriffen und naiverweise manchmal für den Souverän des Wirtschaftsgeschehens gehalten werden. Einflußreicher sind wohl, um es in der Sprache von Adam Smith

auszudrücken, Kaufleute und Manufakturisten, deren ". . . Interesse.. in diesem Punkte dem der großen Masse des Volkes geradezu entgegengesetzt" ist und die "der Regierung furchtbar geworden sind und bei vielen Gelegenheiten die gesetzgebende Gewalt einschüchtern" ⁵.

Auch wenn man geneigt ist, den Tatbestand weniger drastisch zu beschreiben, als Adam Smith es für angemessen hielt, so bleibt doch festzuhalten, daß sich das Übergewicht des Produzenteninteresses aus der Natur der Sache ergibt: aus dem betriebswirtschaftlichen Denken in Produktionszahlen und Umsätzen, aus der Neigung, einzelwirtschaftliche Erfahrungen zu verallgemeinern (fallacy of composition) und aus der Tatsache, daß wir alle in unserer Eigenschaft als Produzenten und Einkommensbezieher leichter organisierbar - und besser organisiert - sind als in unserer Eigenschaft als Verbraucher. Hinzu kommt, daß sich gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, wenn überhaupt, meist erst dem erschließen, der die Gelegenheit hatte, sich über längere Zeit darauf zu konzentrieren.

8. Die Einsichten, um die es bei der Lösung des gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Transferproblems geht, lassen sich in folgenden Thesen zusammenfassen:

Erstens: Das Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten war nicht von einer Nachfrageinflation begleitet, sondern von einer Unterauslastung des Produktionspotentials: eine Dilemmasituation, aus der nur eine drastische Verbesserung der Wettbewerbsposition der amerikanischen Produzenten - eine Abwertung des Dollars gegenüber den anderen Währungen - herausführt.

Zweitens: Zu diesen anderen Währungen gehörte auch die D-Mark. Zwar war unsere Grundbilanz vor dem Ausbruch der "Währungskrise" ausgeglichen, aber dies zu einer Zeit der Hochkonjunktur, in der sich normalerweise ein Defizit hätte ergeben müssen und mittelfristig gleichgewichtskonform gewesen wäre. Umgekehrt: Konjunkturbereinigt war das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz größer, als die Statistik es ausweist.

Drittens: Die Abwertung des Dollars, zu der die D-Mark ebenso wie der Yen und eine Reihe anderer Währungen im Gegensatz zum französischen Franken beigetragen hat, erleichtert es den Vereinigten Staaten, aus der Rezession in eine neue Prosperität zu gelangen. Die Dollars, die das Federal Reserve Board in den Kreislauf pumpt, fließen nicht mehr in die Tresore der anderen Zentralbanken, es sei

denn, diese stützten den Dollarkurs zum Vorteil der Exportindustrie durch Interventionen am Devisenmarkt.

Viertens: Die Abwertung des Dollars, die zur Lösung des aktuellen Transferproblems und zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts erforderlich ist, wird um so geringer sein, je mehr die Partner der USA bereit sind, jene Art von Beitrag zu leisten, den die Empfängerländer der deutschen Reparationen nach 1918 verweigerten: eine Expansion der Einkommen und damit der wirksamen Nachfrage im Sinne Ohlins.

Fünftens: Solange wir nicht zu festen Wechselkursen zurückgekehrt sind, hat die Bundesbank es in der Hand, zu bestimmen, ob wir den Beitrag zur Lösung des aktuellen Transferproblems mehr im Sinne von Keynes - wie bisher - durch Abwertung des Dollars gegenüber der D-Mark oder mehr im Sinne von Ohlin durch Expansion der wirksamen Nachfrage in der Bundesrepublik leisten wollen. Denn je mehr die Bundesbank zu einer expansiven Geldpolitik übergeht, um so geringer ist die Neigung unserer Unternehmen, Kredite in Dollars - statt in DM - aufzunehmen und die Dollars gegen D-Mark anzubieten; um so geringer ist auch die Neigung der Ausländer, DM gegen Dollar nachzufragen, um Kapital in DM anzulegen. Denn je größer die Binnennachfrage in der Bundesrepublik, um so höher der Importbedarf und um so geringer der Zwang zum Export. Dies bedeutet, daß bei expansiver Geldpolitik der Aufwertungseffekt gegenüber dem Dollar etwas geringer wird, was tendenziell der Keynes'schen Lösung des Transferproblems entgegenwirkt. Zugleich wird die Lösung im Sinne Ohlins gefördert. Besser und feiner als durch eine flexible Geldpolitik bei flexiblem Wechselkurs kann man die Zusammensetzung des Beitrags zum weltwirtschaftlichen Gleichgewicht nicht ausbalancieren.

Sechstens: Wieviel man von dem Beitrag in Form der Dollarabwertung (gleich DM-Aufwertung) und wieviel man in Form der binnenwirtschaftlichen Expansion leisten sollte, ist eine stabilitätspolitische Frage. Ist man mehr für Geldwertstabilität - eventuell auch auf Kosten der Vollbeschäftigung -, so wird man auf die Binnenexpansion vorerst verzichten und die stärkere DM-Aufwertung gern in Kauf nehmen. Glaubt man dagegen, daß die Konjunkturabschwächung in der Bundesrepublik zu weit zu gehen droht und es konjunkturpolitisch auch ratsam wäre, die Exportwirtschaft nicht so stark zu belasten, so steht es der Bundesregierung und der Bundesbank frei, durch expansive Fiskal- und Geldpolitik die Binnennachfrage zu stärken, das in-

ländische Zinsniveau zu senken und das Ausmaß der DM-Aufwertung zu verringern.

Siebentens: Klagen (der Bundesbank) über eine zu hohe DM-Aufwertung haben im Grunde keinen anderen Adressaten als die Bundesbank (selbst). Den Konflikt zwischen mehr Beschäftigung und mehr Geldwertstabilität in der Zukunft muß die Bundesbank in sich selbst austragen - oder auf die Bundesregierung überwälzen, indem sie diese um eine klare Weisung oder eine generelle Verhaltensregel bittet.

Achtens: Der Ausweg, den viele darin erblicken, daß man eine weitere Abschwächung der Binnennachfrage zuläßt, aber autonom oder in multilateralen Verhandlungen einen für die Exportwirtschaft "besseren" DM-Kurs fixiert bzw. durchsetzt, erweist sich binnenwirtschaftlich ebenso wie weltwirtschaftlich als Sackgasse. Binnenwirtschaftlich wäre er eine Wiederholung von 1967 mit der Folge, daß die Exportwirtschaft auf Kosten der Binnenbereiche und damit der inneren Reformen in eine bessere Erlössituation gebracht wird. Weltwirtschaftlich wäre er verhängnisvoll insofern, als sich die Exportlastigkeit der westdeutschen Wirtschaft ebenso wie nach 1966/67 verstärkte und wir ebenso wie die USA und Frankreich in den zwanziger Jahren unseren Beitrag zum weltwirtschaftlichen Anpassungsproblem verweigerten - und dies auch noch zu unserem eigenen Schaden.

Neuntens: Nun braucht unser Beitrag nicht unbedingt darin zu bestehen, daß wir uns - zugunsten der inneren Reformen - reicher machen lassen; wir können auch dafür sorgen, daß die sogenannte Währungskrise zum Vorteil der Entwicklungsländer gereicht. Praktisch ließe sich dies dadurch erreichen, daß die Bundesbank Dollars kaufen und damit kursstützend am Devisenmarkt intervenieren darf, und zwar soweit, wie die Bundesregierung diese Dollars übernehmen will, um sie als echte Kapitalhilfe den Entwicklungsländern zu schenken. Darüber hinaus könnten wir ohne weiteres auch die etwa 30 Mrd. D-Mark, die wir in unseren zentralen Devisenreserven zuviel haben und die die Bundesbank früher zu überhöhten Kursen hereingenommen hat, den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen.

Zehntens: Kaum überbrückbar erscheint der Gegensatz zwischen der hier vorgetragenen Analyse und der bisherigen Haltung Frankreichs. Gleichwohl ist auch die französische Position national-ökonomisch verständlich, sobald man bedenkt, daß Frankreich im Vergleich zur Bundesrepublik einen verhältnismäßig niedrigen Industrialisierungsgrad erreicht hat und ein Interesse daran zu haben scheint,

ein exportgetriebenes Industriewachstum anzustreben, so wie es die Bundesrepublik lange Jahre und noch im letzten Aufschwung infolge der Unterbewertung der D-Mark erlebt hat. Frankreich wird zwar dieses Wachstum mit einem beschleunigten Geldwertschwund bezahlen müssen und sein Sozialsystem - durch die Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Exportindustrie - bis zum Bruchpunkt belasten, aber die französische Regierung scheint diese Risiken gering zu veranschlagen oder sie geringer zu bewerten als ihre nationalen Ziele. Je mehr Frankreich auf einen Exportüberschuß hindrängt, um so mehr muß die Bundesrepublik zu einem Zahlungsbilanzdefizit bereit sein, wenn wir nicht im europäischen Verbunde die Lösung des aktuellen Transferproblems verhindern und an einer neuen Weltwirtschaftskrise mitschuldig werden wollen. Daß ein Land nicht seine Zahlungsbilanz verbessern kann, ohne daß andere Länder zu geringeren Überschüssen oder zu Defiziten bereit sind, ist so richtig wie das Einmaleins; und die Bereitschaft, hierbei "vorzuleisten" und mit gutem Beispiel voranzugehen, ist ein Stück Friedenspolitik, das schon innerhalb kurzer Zeit zum Vorteil der eigenen Bevölkerung gereicht.

9. Der Beitrag, den die Bundesrepublik seit dem 9. Mai zur Wiederherstellung und Wahrung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts leistet, ist für unsere Volkswirtschaft als Ganzes kein Opfer. Im Gegenteil. Gleichwohl entstehen Härten für jene Bereiche, die zuletzt noch im Zuge des export- und industriebestimmten Aufschwungs nach 1967 besonders begünstigt waren. Denn die zusätzliche Inlandsnachfrage, mit der wir den Absorptionsspielraum ausschöpfen können und sicher wollen, hat eine andere Struktur als die Auslandsnachfrage, der wir uns in der Zeit der großen amerikanischen Defizite angepaßt haben. Dies erfordert einen Wandel der Produktionsstruktur. Die Friktionen, die dabei zu überwinden sind und möglicherweise staatliche Mobilitätshilfen notwendig machen, sind nicht der "Währungskrise" anzulasten; sie sind vielmehr eine Folge falscher währungspolitischer Weichenstellung in der Vergangenheit. Zwar ließe sich der Strukturwandel in einem Konjunkturaufschwung leichter bewältigen als in der Phase der Konjunkturabschwächung, in der wir uns befinden. Aber je länger die Weichen falsch gestellt waren, um so wichtiger ist es, den eingeleiteten Korrekturprozeß nicht abubrechen, zumal die Konjunkturabschwächung, in der die Investitionspläne korrigiert werden, auch die Zeit ist, in der der neue Aufschwung vorgeprägt wird. Wenn die vorstehende Analyse richtig ist, wird es ein Aufschwung sein müssen, der - schon um des weltwirtschaftlichen und des sozialen Gleichgewichts willen - nicht mehr so stark wie früher vom Export getragen wird, sondern mehr vom binnenwirtschaftlichen Nachholbedarf.

Anmerkungen

- ¹ F.A.von Hayek, Die Verfassung der Freiheit. Tübingen 1971.
- ² J.M.Keynes, The German Transfer Problem. In: Readings in the Theory of International Trade. Selected by a Committee of the American Economic Association. (Blakiston Series of Republished Articles on Economics, Vol. 4.) Philadelphia and Toronto 1949. S. 168.
- ³ G.Haberler, Der internationale Handel. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Abt. Staatswissenschaft, 41.) Berlin 1933. S. 69, Anm. 1.
- ⁴ B.Ohlin, The Reparation Problem: A Discussion. In: Readings in the Theory of International Trade, a.a.O., S. 177.
- ⁵ A.Smith, Die Theorie des Außenhandels (Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, B. IV, Ch. 1-3, 1776). Hrsg. von A.Skalweit. (Sozialökonomische Texte, H. 1.) Frankfurt am Main 1946. S. 74, 59.